

- Punkt 1.2.5 Anfrage der SPD-Fraktion vom 11. Juni 2010 betreffend Schwimmunterricht im Kreis Bergstraße und Beantwortung hierzu
Vorlagen: 16-1827 und 16-1827/1
- Punkt 1.3 B38-Initiative Weschnitztal
- Machbarkeitsstudie zu den Ortsumgehungen Rimbach und Fürth
Vorlage: 16-1770
- Punkt 1.4 Weiterentwicklung des Solar- und Energie-Beratungszentrums Bergstraße zur Energieagentur
Vorlage: 16-1784
- Punkt 1.5 K206, Sanierung Stützwand in der OD Lindenfels;
hier: vorübergehende überplanmäßige Aufwendung
Vorlage: 16-1772
- Punkt 1.6 Beteiligungsbericht 2010
Vorlage: 16-1774

Tagesordnung 2 (mit Aussprache)

- Punkt 2.1 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Kreises Bergstraße für die Schuljahre 2010/11 bis 2015/16
- Verwaltungsvorlage und Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Soziales hierzu
- Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD- und GRÜNE-Fraktion vom 20. Juni 2010
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, FWG und FDP vom 21. Juni 2010 bezüglich eines Zusatzbeschlusses
Vorlagen: 16-1803, 16-1803/3, 16-1803/4 und 16-1803/5
- Punkt 2.2 Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 21. März 2010 zum Thema HESSENCAMPUS Bergstraße
Vorlage: 16-1716
- Punkt 2.3 Antrag der REP-Fraktion vom 09. April 2010 betreffend Überprüfung der im Kreis Bergstraße anerkannten Ersatzschulen
Vorlage: 16-1747
- Punkt 2.4 Antrag der REP-Fraktion vom 11. April 2010, den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Biblis betreffend
Vorlage: 16-1746
- Punkt 2.5 Antrag der SPD-Fraktion vom 11. April 2010 zum Thema "Internationale Schule / Internationaler Zweig"
Vorlage: 16-1745

- Punkt 2.6 Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 12. April 2010 betreffend Haushalt 2010 - Konsequenzen ziehen, um Zukunft zu gestalten - und Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 20. Juni 2010 hierzu
Vorlagen: 16-1748 und 16-1748/1
- Punkt 2.7 Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 12. April 2010 zum Thema "Regionale Bildungsbüros" und Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 20. Juni 2010 hierzu
Vorlagen: 16-1749 und 16-1749/1
- Punkt 2.8.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 29. Mai 2010 zum Thema "Sicherheit bei Schulbussen"
Vorlage: 16-1805
- Punkt 2.8.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion vom 31. Mai 2010 zum Thema "ADAC-Studie 2010"
Vorlage: 16-1809
- Punkt 2.9 Antrag der REP-Fraktion vom 30. Mai 2010 betreffend Abschaffung von G8
Vorlage: 16-1806
- Punkt 2.10 Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 29. Mai 2010 betreffend Turnhalle für das Alte Kurfürstliche Gymnasium in Bensheim
Vorlage: 16-1808
- Punkt 2.11 Rettungsdienst - Fortschreibung des Bereichsplanes, gültig vom 01.01.2011 bis 31.12.2015
Vorlage: 16-1717
- Punkt 2.12 Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH - Sicherung und nachhaltige Entwicklung des Krankenhausstandorts und der stationären Versorgung im Kreis Bergstraße - und Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 20. Juni 2010 hierzu
Vorlagen: 16-1802 und 16-1802/1
- Punkt 2.13 Verschiedenes

Anwesende:

Vorsitzende:

Breitwieser, Werner
von Hunnius, Roland

CDU
FDP

außer zu TOP 2.9 und zeitweise TOP 2.10
zu TOP 2.9 und zeitweise 2.10)

CDU-Fraktion:

Schneider, Gottfried
Arnold, Hermann-Peter
Bähr, Anna Katharina
Breitwieser, Werner
Dörr, Ilona

CDU
CDU
CDU
CDU
CDU

Fraktionsvorsitzender

siehe auch Vorsitzende

Frank, Lucia	CDU	
Gärtner, Karin	CDU	
Haag, Alfons	CDU	
Heinz, Tobias	CDU	
Heitland, Birgit	CDU	
Herrmann, Thorsten	CDU	
Hoeppner, Oliver	CDU	
Iwen, Jürgen	CDU	
Jöst, Günther	CDU	(bis zeitweise TOP 2.9)
Kappel, Alfred	CDU	
Dr. Kuhn, Karl Josef	CDU	
Kunkel, Joachim	CDU	
Kunkel, Peter	CDU	
Metzger, Gisela	CDU	
Meyer, Dieter	CDU	
Reinhardt, Randoald	CDU	
Rieger, Heinz	CDU	
Ringhof, Martin	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	
Schaab, Barbara	CDU	
Schich-Kiefer, Ingrid	CDU	
Schöcker, Erna	CDU	
Spruch, Martin	CDU	
Stephan, Peter	CDU	
Stricker, Klaus-Peter	CDU	
Wagner, Andreas	CDU	
Woitge, Peter C.	CDU	
Wondrejz, Horst	CDU	

SPD-Fraktion:

Hechler, Katrin	SPD	Fraktionsvorsitzende
Baaß, Matthias	SPD	
Brockenauer, Bernd	SPD	
Buschmann, Irma	SPD	
Dr. Cornelius-Gaus, Hildegard	SPD	
Czyrt, Claudia	SPD	
Dörsam, Andreas	SPD	
Fiedler, Josef	SPD	
Hapke, Ellen	SPD	
Hartmann, Karin	SPD	
Herbert, Gerhard	SPD	
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Mauch, Marianne	SPD	
Meister, Gerlinde	SPD	
Moritz, Renate	SPD	
Petri, Eberhard	SPD	
Pfeifer, Hans-Jürgen	SPD	(ab zeitweise TOP 1.1)
Roos, Heinz	SPD	
Schäfer, Alice	SPD	
Schmitt, Norbert	SPD	
Schocke, Heinz-Jürgen	SPD	

Schröder, Willy	SPD	
Siegl, Franz	SPD	
Thomas, Willi	SPD	
Wingerter, Sven	SPD	(ab zeitweise TOP 1.1)
Winter, Lydia	SPD	
GRÜNE-Fraktion:		
Ruoff, Jochen	GRÜNE	Fraktionsvorsitzender
Berg, Evelyn	GRÜNE	
Figaj, Thilo	GRÜNE	
Ohlig, Gerhard	GRÜNE	
Sutholt, Rosemarie	GRÜNE	
FWG-Fraktion:		
Dr. Greif, Martin	FWG	Fraktionsvorsitzender
Öhlenschläger, Walter	FWG	
Scholz, Monika	FWG	
Vollmer, Thomas	FWG	
FDP-Fraktion:		
Sürmann, Frank	FDP	Fraktionsvorsitzender
von Hunnius, Roland	FDP	siehe auch Vorsitzende
Dr. Schepp, Rolf	FDP	
REP-Fraktion:		
Hoch, Haymo	REP	Fraktionsvorsitzender
Bitsch, Peter	REP	
Jänsch, Klaus	REP	
LINKE-Fraktion:		
Appelt, Michael	DIE LINKE	
Kreisausschuss:		
Wilkes, Matthias	CDU	Landrat
Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter (ab zeitweise TOP 1.1)
Bistritschan, Gunter	CDU	
Dr. Brückner, Klaus	SPD	
Buser, Volker	CDU	
Fabian, Thomas	GRÜNE	
Golzer, Norbert	FWG	
Götz, Fritz	SPD	
Knapp, Kurt	CDU	
Ohl, Gottlieb	FDP	
Sander, Brigitte	SPD	
Schneider, Otto	SPD	
Schramm, Rita	CDU	
Verwaltung:		
Blume, Claudia	Schulabteilung (zeitweise)	
Niederhöfer, Frank	Schulabteilung (zeitweise)	
Dingeldey, Priska	Schulabteilung (zeitweise)	

Kummer, Daniela	Schulabteilung (zeitweise)
Bickelhaupt, Reinhold	ÖPNV (zeitweise)
Tampe, Brigitte	ÖPNV (zeitweise)
Kaldschmidt, Andreas	Bürgerservice und Presse, Vereine und Projektmanagement (zeitweise)
Lannert, Mathias	Bürgerservice und Presse, Vereine und Projektmanagement (zeitweise)
Weihrauch, Alexandra	Bürgerservice und Presse, Vereine und Projektmanagement (zeitweise)
Sauer, Alina	Auszubildende im Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Schriftführer:

Fasser, Helmut	Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses
Schüßler, Helene	Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Kreistagsvorsitzender Breitwieser eröffnete um 16.05 Uhr die 16-027. Sitzung des Kreistages und begrüßte die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, Gäste, Pressevertreter und Zuschauer zur heutigen Sitzung. Die später zur Sitzung eintreffende Studentengruppe der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Mannheim hieß er vorab herzlich willkommen.

Besonders begrüßte er Herrn Dr. Karl Josef Kuhn (CDU) als Nachrücker für den ausgeschiedenen Kreistagsabgeordneten Dr. Peter Lennert, dem er herzlich für die zum Wohle des Kreises und seiner Bevölkerung geleistete Arbeit dankte.

Alsdann stellte er die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Entschuldigt fehlten die Abgeordneten Klaus Jäger (CDU), Norbert Bauer, Hermann Engesser (beide SPD), Franz Apfel (GRÜNE), Benjamin Kramer (FDP) und Jürgen Jojade (DIE LINKE) sowie Kreisbeigeordneter Dieter Roos.

Zur Tagesordnung informierte der Kreistagsvorsitzende, dass der Antrag der GRÜNE-Fraktion zum Thema "Jagdsteuer" (TOP 2.8 der Einladung, Vorlage 16-1751) von den Antragstellern für die Sitzung zurückgezogen worden sei und für die nächste Sitzung erneut gestellt werde und dass die Verwaltungsvorlage betreffend Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße (TOP 1.7 der Einladung, Vorlage 16-1723) ebenfalls zurückgezogen worden sei.

Zur Abhandlung der Tagesordnungspunkte beantragte stellvertretender Fraktionsvorsitzender Figaj (GRÜNE), Punkt 1.5 der Einladung in die Tagesordnung 2 zu überstellen und in Tagesordnung 2 die Beratung der Punkte 2.1, 2.5, 2.7 und 2.10 im Interesse der Sitzungsökonomie zusammenzufassen.

Weiter beantragte er, den Antrag der REP-Fraktion betreffend Überprüfung der anerkannten Ersatzschulen (Vorlage 16-1747) von der Tagesordnung zu nehmen mit der Begründung, dass die Behandlung eines Antrags mit dem zusammengesetzten Begriff 'Überprüfung weltanschaulicher Ziele (von Personen oder Institutionen)' ein "fahrlässiges Zulassen nationalsozialistischer Sprache in einem demokratischen Parlament" wäre und vom Kreistagspräsidium nicht hätte zugelassen werden dürfen.

Fraktionsvorsitzender Hoch lehnte ein Absetzen des Antrags seiner Fraktion ab und kündigte in diesem Fall die Einleitung rechtlicher Schritte an. Den Abgeordneten Figaj bezeichnete er als "nicht ganz richtig im Kopf".

Kreistagsvorsitzender Breitwieser erteilte Fraktionsvorsitzendem Hoch für diesen nicht dem parlamentarischen Umgang entsprechenden Ausdruck eine Rüge.

Der Antrag auf Absetzen des Antrags der REP-Fraktion betreffend Überprüfung der anerkannten Ersatzschulen wurde bei 28 Jastimmen mit 42 Neinstimmen abgelehnt.

Zum Antrag der GRÜNE-Fraktion auf Zusammenfassung der Beratung der Punkte 2.1, 2.5, 2.7 und 2.10 verwies Kreistagsvorsitzender Breitwieser auf die seinerzeitige Festlegung der Tagesordnung im Kreistagspräsidium mit separater Beratung der einzelnen Punkte, die nun unverändert beibehalten werden sollte.

Weitere Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie Einwendungen gegen Ladung und Redezeitregelung nach der Geschäftsordnung des Kreistages wurden nicht erhoben.

Kreistagsvorsitzender Breitwieser berichtete über die ihm vor der Sitzung überreichten Unterschriftenlisten mit über 3.700 Unterschriften zum "Erhalt des Hallenbades an der Langenbergschule in Birkenau", die er an den Landrat als zuständigen Dezernenten weitergeleitet habe.

Sodann trat der Kreistag in die Beratung der Tagesordnung ein.

Tagesordnung 1 (ohne Aussprache)

Punkt 1.1: Mitteilungen des Kreisausschusses und des Landrats

**Punkt 1.1.1: Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 16-1819/1**

Der Kreistag hat von der Vorlage 16-1819/1 und den der Vorlage beigefügten Unterlagen des Jahresabschlusses 2009 Kenntnis genommen.

**Punkt 1.1.2: Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 16-1816**

Der Kreistag hat von der Vorlage 16-1816 und dem der Vorlage beigefügten ersten Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2010 Kenntnis genommen.

**Punkt 1.1.3: Ganzheitliche Seniorenberatung Statistik 2009
Vorlage: 16-1811**

Der Kreistag hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 16-1811 und den der Vorlage beigefügten Tätigkeitsberichten der Seniorenberatungsstellen im Kreis Kenntnis genommen.

Punkt 1.1.4: 138. Vergleichende Prüfung "Rechnungsprüfungsämter II"
Vorlage: 16-1822

Der Kreistag hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 16-1822 Kenntnis genommen.

Punkt 1.1.5: 139. Vergleichende Prüfung "Naturparke"
Vorlage: 16-1829

Der Kreistag hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 16-1829 Kenntnis genommen.

Punkt 1.1.6: Mündliche Mitteilungen des Landrats

Mündliche Mitteilungen des Landrats bezogen sich auf folgende Themen und Anlässe:

- Richtfest für die neuen Betreuungsräume an der Carl-Orff-Schule in Lindenfels
- Richtfest für den Neubau einer Mensa am Alten Kurfürstlichen Gymnasium in Bensheim
- Erster Spatenstich für den Neubau der Dependence der Seebergschule Bensheim in Mörlenbach
- Richtfest für die neuen Betreuungsräume an der Grundschule Elmshausen
- Richtfest für den II. Bauabschnitt der Erweiterung der Karl-Kübel Schule Bensheim
- Gewährung eines Darlehens des Kreises über 500.000 € für den Neubau von Klassenräumen für das Litauische Gymnasium Hüttenfeld
- Richtfest für den Neubau von Betreuungsräumen an der Wingertsbergschule in Lorsch und erster Spatenstich für den Neubau einer Sporthalle, die gemeinsam vom Kreis und der Stadt Lorsch finanziert wird
- Einweihung der neuen Mediothek an der Erich-Kästner-Schule Bürstadt
- Einrichtung einer Außenklasse der Seebergschule an der Felsenmeerschule in Lautertal-Reichenbach im kommenden Schuljahr
- Namensgebung der Beruflichen Schulen Lampertheim: Elisabeth-Selbert-Schule
- Entscheidung des Kreisausschusses über Zurückstellung des Projekts "HESSEN-CAMPUS"
- Unterzeichnung der Vereinbarung mit dem Kreis zum "Familienfreundlichen Kreis Bergstraße" durch die Gemeinden Rimbach und Lautertal sowie der Stadt Bürstadt
- Zertifizierung der Kreisvolkshochschule mit hervorragender Bewertung

Punkt 1.3:

**B38-Initiative Weschnitztal
- Machbarkeitsstudie zu den Ortsumgehungen Rimbach
und Fürth
Vorlage: 16-1770**

Beschluss:

Der Kreistag begrüßt und unterstützt die 'Machbarkeitsstudie' – Stufe 1 Ortsumgehung Fürth und Ortsumgehung Rimbach/Lörzenbach vom November 2009, erstellt durch die Planungsbüros Habermehl & Follmann sowie Bosch & Partner.

Mit dem Ergebnis dieser Machbarkeitsstudie wird die Erwartung verknüpft, über den Bau des Saukopftunnels und die Ortsumgehung Birkenau sowie über das laufende Planfeststellungsverfahren für die B 38a Ortsumgehung Mörlenbach hinaus auch eine Ortsumgehung für die beiden weiteren Weschnitztalgemeinden Rimbach und Fürth baldmöglichst zu erreichen. Erst mit diesem Lückenschluss wäre für den gesamten Bereich Weschnitztal, Überwald/Odenwald eine vollständige, in sich tragfähige, verkehrliche Situation geschaffen, die zur Entlastung von Mensch und Natur genauso beitragen wird, wie zur besseren Anbindung der gesamten Odenwaldregion an den Ballungsraum Rhein-Main-Neckar.

Auf Grundlage dieser Machbarkeitsstudie wird sowohl das Land Hessen als auch der Bund und alle ihre Verantwortungsträger gebeten, dazu beizutragen, dass mit der nächsten Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes dieses, seitens der betroffenen Gemeinden und des Kreises Bergstraße als unabdingbar notwendig angesehene Projekt in den vordringlichen Bedarf eingestuft wird, um damit die Finanzierung von Planung und Bau der Ortsumgehung Rimbach und Fürth zu erreichen.

Damit soll gleichzeitig auch die grundsätzliche Bedeutung sowie die Notwendigkeit einer schnellstmöglichen Realisierung dieses Straßenbauvorhabens seitens des Kreistages zum Ausdruck gebracht werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit bei 5 Neinstimmen der anwesenden Mitglieder der GRÜNE-Fraktion beschlossen.

Punkt 1.4:

**Weiterentwicklung des Solar- und Energie-
Beratungszentrums Bergstraße zur Energieagentur
Vorlage: 16-1784**

Beschluss:

1.
Zur Weiterentwicklung des Solar u. Energie Beratungszentrums Bergstraße (SEBZ) wird die kommunale Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Kreis Bergstraße und der Stadt Hepenheim als Träger des SEBZ mit Wirkung zum 30.06.2010 aufgelöst und das SEBZ anschließend in die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH (WFB) integriert. Die Integration ist bis zum 31.12.2010 umzusetzen.

2.

Der derzeit mit der Geschäftsführung betraute Mitarbeiter des SEBZ wird beauftragt, den Abschluss der Geschäftstätigkeit der kommunalen Arbeitsgemeinschaft vorzubereiten sowie alle notwendigen Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Beendigung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zu veranlassen und die Integration in die WFB gemeinsam mit deren Geschäftsführer vorzubereiten und durchzuführen sowie den Mietvertrag für die derzeitigen Räumlichkeiten des SEBZ fristgerecht zum Jahresende 2010 zu kündigen. Bis zum 31.12.2010 besteht die bisherige Finanzierungspflicht des Kreises Bergstraße und der Stadt Heppenheim fort.

3.

Die WFB wird von der kommunalen Arbeitsgemeinschaft beauftragt, mit allen Mitarbeitern des SEBZ unter Berücksichtigung der neuen Anforderungen in Verhandlung zu treten, um diese unter Wahrung ihrer bisher erworbenen finanziellen Besitzstände bei der WFB zu beschäftigen. Die WFB übernimmt ab dem 01.07.2010 sämtliche Rechte und Pflichten der kommunalen Arbeitsgemeinschaft, auch zuschuss- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen.

4.

Die derzeitige finanzielle Beteiligung des Kreises Bergstraße sowie der Stadt Heppenheim an der kommunalen Arbeitsgemeinschaft wird ab 01.01.2011 zunächst um mindestens 25% gegenüber dem derzeitigen Aufwand reduziert.

5.

Die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH soll eine einheitliche Beteiligung aller Städte und Gemeinden an der neuen Energieagentur unter Berücksichtigung der schwierigen Haushaltslage der Städte und Gemeinden ab 01.01.2011 anstreben. Ab dem 01.07.2010 werden die bestehenden vertraglichen Vereinbarungen der kommunalen Arbeitsgemeinschaft 1:1 durch Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH übernommen.

6.

Die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die in der Erläuterung beschriebene strategische Zielsetzung effizient im Sinne des Kreises Bergstraße sowie der Städte und Gemeinden des Kreises umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 1.5:

**K206, Sanierung Stützwand in der OD Lindenfels;
hier: vorübergehende überplanmäßige Aufwendung
Vorlage: 16-1772**

Beschluss:

Der Kreistag bewilligt eine vorübergehende überplanmäßige Aufwendung in Höhe von bis zu 78.000,-- € zur Finanzierung der Sanierung der Stützmauer im Zuge der K206, OD Lindenfels, gemäß § 114g HGO. Die erforderlichen Mittel sind im Nachtrag 2010 zu veranschlagen.

'Der Kreis spricht sich grundsätzlich für die Einrichtung einer Profiloberstufe an der Heinrich-Böll-Schule aus. Für das neue Schulangebot wird der Kreis gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt und der Schule ein Konzept entwickeln. Das neue Angebot soll sich von anderen in der Region unterscheiden, z.B. mit dem Schwerpunkt Wirtschaft. Durch die Erweiterung des gymnasialen Angebots werden Fürth und das Weschnitztal in ihrer Attraktivität als Wirtschafts- und Bildungsstandort gestärkt und das Potenzial an Schüler/innen, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, optimaler genutzt.'

wurde **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit (bei 31 Jastimmen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von SPD, GRÜNE und DIE LINKE mit 43 Neinstimmen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von CDU, FWG, FDP und REP) abgelehnt.

Entsprechend der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Soziales fasste der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt gemäß § 145 i.V.m. 146 HSchG den vorgelegten Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises Bergstraße für die Schuljahre 2010/11-2015/16 Teil I und II (der aktuelle Stand der Prioritätenlisten wird als Anlage beigefügt) sowie vorbehaltlich der Zustimmung des Hessischen Kultusministeriums gemäß § 146 die in der Beschlussvorlage 16-1803 aufgeführten genehmigungspflichtigen Maßnahmen Punkte 1 - 5. Weiterhin beauftragt der Kreistag die Verwaltung, die Zustimmung des Kultusministeriums zum Schulentwicklungsplan einzuholen.

Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, einen Verbundstudiengang "Erziehung und Bildung in der Kindheit" an der Fachschule für Sozialpädagogik in Lampertheim aufzubauen. Der Schul- und Sozialausschuss und der Kreistag sind zeitnah über das Prüfergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei zahlreichen Stimmenthaltungen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von SPD, GRÜNE und DIE LINKE sowie eines Mitglieds der FWG-Fraktion.

Auf Grundlage des von den Fraktionen von CDU, FWG und FDP in der Sitzung vorgelegten Antrags fasste der Kreistag folgenden

Zusatzbeschluss:

Der Kreistag begrüßt und unterstützt die Initiative der Koalition Bündnis Zukunft Bergstraße, konkretisiert durch Landrat Wilkes, zur Kommunalisierung des staatlichen Schulamtes zur 'Schulverwaltung aus einem Guss' vom 08. Oktober 2009, in dem beantragt wird, den Landkreis Bergstraße als Modellkreis mit der Wahrnehmung der inneren und äußeren Schulverwaltung zu beauftragen.

2. Der Kreisausschuss (Jugendamt) wird angewiesen, bis zur Klärung der Vorwürfe der Odenwaldschule keine in seiner Obhut stehenden Jugendlichen zuzuweisen."

wurde **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit bei 3 Jastimmen der Mitglieder der REP-Fraktion abgelehnt.

<u>Punkt 2.4:</u>	Antrag der REP-Fraktion vom 11. April 2010, den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Biblis betreffend Vorlage: 16-1746
--------------------------	--

Der Antrag der REP-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

"Der Kreistag weist den Vorschlag des Bundesumweltministers Röttgen zurück, die Laufzeit der deutschen Kernkraftwerke nur um 8 Jahre auf insgesamt 40 Jahre zu verlängern. Er unterstützt stattdessen den Standpunkt der Ministerpräsidenten Koch, Mappus und Seehofer, die Laufzeiten ohne feste zeitliche Begrenzung so weit zu verlängern, wie dies unter Beachtung hoher Sicherheitsstandards technisch möglich ist."

wurde **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit bei 3 Jastimmen der Mitglieder der REP-Fraktion abgelehnt.

<u>Punkt 2.5:</u>	Antrag der SPD-Fraktion vom 11. April 2010 zum Thema "Internationale Schule / Internationaler Zweig" Vorlage: 16-1745
--------------------------	--

Der Antrag der SPD-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

"In Hessen ist es gute Tradition, dass Schüler zu einem frühen Zeitpunkt mit Englischunterricht beginnen (in der Regel in der Grundschule ab Klasse 2 bzw. den Sekundarstufen I ab Klasse 5). Wer mit einer anderen Fremdsprache in der Sekundarstufe I beginnt, muss Englisch als zweite Fremdsprache betreiben. Neben der Einrichtung von sogenannten bilingualen Zügen oder Klassen, in denen Schüler auch in Fächern wie Erdkunde oder Biologie in Englisch unterrichtet werden, sollte es zukünftig auch öffentliche Schulen geben, die internationale Zweige anbieten.

Im Unterschied zu einer "Internationalen Schule" soll das im Kreis Bergstraße zu schaffende Angebot nicht schwerpunktmäßig auf Schüler mit der Muttersprache Englisch ausgerichtet sein. Es richtet sich vielmehr in erster Linie an Schüler mit Muttersprache Deutsch und für in Deutschland ansässige Schüler.

Der Kreisausschuss wird gebeten, sich beim Staatlichen Schulamt und beim Hessischen Kultusministerium für die Einrichtung einer Internationalen Schule/eines internationalen Zweiges im nachstehend beschriebenen Sinn einzusetzen.

Im Schulentwicklungsplan sind deshalb folgende verbindliche Aussagen zu machen:

- a) An mindestens einem Gymnasium und/oder einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe wird ein besonderes Unterrichtsangebot in Englisch eingerichtet, welches über den schon praktizierten bilingualen Unterricht hinausgeht. In der Regel werden in einer Klasse ab Jahrgangsstufe 5 weitgehend alle Unterrichtsfächer in dieser Sprache bis zum Abitur unterrichtet. Ein angemessenes Angebot in der Muttersprache Deutsch ist sicherzustellen.
- b) Ein vergleichbares Angebot ist auch an einer Haupt- und Realschule oder den entsprechenden Zweigen einer Gesamtschule einzurichten.
- c) Auch an geeigneten Zweigen der Beruflichen Schulen sollen solche Angebote realisiert werden.
- d) Grundschulen, die Schwerpunkt im sprachlichen Bereich einrichten wollen, sollen bereits ab Jahrgangsstufe 1 die Möglichkeit erhalten, Englischunterricht anzubieten, und verstärkt mit den ihnen zugeordneten Schulen der Sekundarstufen I und II kooperieren.
- e) Für den Englischunterricht (auch für andere Fremdsprachen) sollen nach Möglichkeit Muttersprachler eingesetzt werden.

wurde im Verlauf der Sitzung von den Antragstellern aus Zeitgründen und mit Blick auf die heutige Beschlussfassung über die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes **zurückgezogen**.

**Punkt 2.6: Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 12. April 2010 betreffend Haushalt 2010 - Konsequenzen ziehen, um Zukunft zu gestalten - und Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 20. Juni 2010 hierzu
Vorlagen: 16-1748 und 16-1748/1**

Der in der Sitzung verteilte Änderungsantrag der SPD-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

"Nach dem ersten Satz des Antrages (Der Haupt-, und Finanzausschuss wird beauftragt, umgehend die Konsequenzen aus der Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidenten in Darmstadt für den Haushalt 2010 zu diskutieren und dem Kreistag die Ergebnisse bei der nächsten Sitzung vorzulegen.) wird folgender Abschnitt angefügt:

Oberste Priorität muss sein, für den Haushalt 2011 eine Erhöhung der Kreisumlagen zu verhindern. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, als Diskussionsgrundlage bis spätestens September 2010 einen Eckwertebeschluss zum Haushaltsplan 2011 vorzulegen.

Der weitere Teil des Antrages der Fraktion der Grünen wird zur Begründung."

wurde **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit (Neinstimmen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von CDU, FWG, FDP und REP bei Jastimmen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von SPD und DIE LINKE sowie Stimmenthaltung der anwesenden Mitglieder der GRÜNE-Fraktion) abgelehnt.

Der Ursprungsantrag der GRÜNE-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

"Der Haupt- und Finanzausschuss wird beauftragt, umgehend die Konsequenzen aus der Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidenten in Darmstadt für den Haushalt 2010 zu diskutieren und dem Kreistag die Ergebnisse bei der nächsten Sitzung vorzulegen.

Hierbei sind folgende Inhalte des Schreibens vom 25.3.2010 besonders zu berücksichtigen:

- Reduzierung der freiwilligen Leistungen
- Konzentration der Investitionen auf Fortführungsmaßnahmen und solche, bei denen Bund/Land Bewilligungsbescheide vorgelegt hat
- Reduzierung der Nettoneuverschuldung auf ein vertretbares Maß
- Bündelung von Aufgaben (Tourismus, KVHS) sowie landkreisübergreifende Zusammenarbeit
- Erhöhung der Kreisumlage im Jahr 2011
- Konkrete Reduzierung der Kredite für den "Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft" um 6,6 Millionen Euro
- Reduzierung des Rechnungsergebnisses um 3,2 Millionen Euro
- Erlass von haushaltswirtschaftlichen Sperren
- Kürzung der Personalaufwendungen um 300.000 Euro

Bei der Diskussion über den Haushaltsentwurf 2010 wurden im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss über fast alle der vom Regierungspräsidenten angesprochenen Fragestellungen ausführlich gesprochen und der Haushalt intensiv bearbeitet. Der Kreistag erachtet es in der aktuellen dramatischen Situation um die Kreisfinanzen als konsequente Umsetzung seines Haushalts- und Budgetrechts, umgehend die politischen Weichenstellungen für die Ausführung des Haushaltes 2010, die Konsequenzen der Genehmigungsverfügung insbesondere beim Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft vorzunehmen. Dabei ist es wichtig, auch mit Blick auf die geforderte Kreisumlagerhöhung in 2011, finanzpolitische Vorgaben für den Haushalt 2011 und die Finanzplanung zu entwickeln.

Aus diesen Gründen erachtet es der Kreistag als unerlässlich, den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Der vom Regierungspräsidenten angeforderte Bericht zum 1. August 2010 über den Vollzug der Auflagen zur Genehmigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2010 soll vom Kreisausschuss so rechtzeitig erstellt und vorgelegt werden, damit die Fachausschüsse und die Eigenbetriebskommission Gebäudewirtschaft den Bericht diskutieren, gegebenenfalls ändern und beschließen können."

wurde ebenfalls **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit (Neinstimmen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von CDU, FWG, FDP und eines Mitglieds der SPD-Fraktion bei 8 Jastimmen der anwesenden Mitglieder der GRÜNE- und der REP-Fraktion und Stimmenthaltung der anwesenden Mitglieder der SPD-Fraktion mit Ausnahme eines Mitglieds und der Fraktion DIE LINKE).

**Punkt 2.7: Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 12. April 2010 zum Thema "Regionale Bildungsbüros" und Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 20. Juni 2010 hierzu
Vorlagen: 16-1749 und 16-1749/1**

Der Antrag der GRÜNE-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

"Der Kreistag Bergstraße spricht sich dafür aus, die unterschiedlichen Akteure und Institutionen, die in und mit den Schulen im Kreis Bergstraße engagiert und befasst sind, in einer verbindlichen Struktur der Zusammenarbeit zu organisieren.

Dadurch sollen das Nebeneinander der unterschiedlichen Zuständigkeiten überwunden und gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Bildungslandschaft im Kreis Bergstraße erreicht werden.

Der Schulausschuss wird beauftragt, mögliche Modelle zu entwickeln, um diese Ziele zu erreichen.

Insbesondere das Modell der "Regionalen Bildungsbüros", das bereits erfolgreich in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg praktiziert wird, kann hierbei als Vorbild dienen."

wurde von den Antragstellern unter Hinweis auf die zum Antrag konträre Intention des unter TOP 2.1 gefassten Zusatzbeschlusses zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (Zusammenlegung der inneren und äußeren Schulverwaltung) **zurückgezogen**.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

"Der Kreistag spricht sich dafür aus, die unterschiedlichen Akteure und Institutionen, die sich im Kreis Bergstraße um Bildung für Kinder und Jugendliche bemühen, in einer verbindlichen Struktur der Zusammenarbeit zu organisieren. Kommunen, die dem besondere Bedeutung zumessen, wird angeboten, für ihre Stadt/Gemeinde die Federführung zu übernehmen.

... 2. Absatz bleibt ...

Der Ausschuss für Schule und Soziales wird beauftragt

... 4. Absatz bleibt, wird aber ergänzt: Im Kreis Bergstraße wird die Betrachtung um den Bereich der Bildung und Erziehung im Lebensalter von 0 - 6 Jahren erweitert."

wurde infolge des Zurückziehens des Hauptantrages als gegenstandslos betrachtet.

Punkt 2.8.1: **Antrag der SPD-Fraktion vom 29. Mai 2010 zum Thema
"Sicherheit bei Schulbussen"**
Vorlage: 16-1805

Punkt 2.8.2: **Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion
vom 31. Mai 2010 zum Thema "ADAC-Studie 2010"**
Vorlage: 16-1809

Der Antrag der SPD-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

"Der Kreistag nimmt die Kriterien der Schulbustests des ADAC aus den Jahren 2009 und 2010 zum Anlass, eigene verbindliche Qualitäts- und Leistungskriterien für den Kreis als Auftraggeber der Schülerbeförderung zu entwickeln und im Kreistag zu verabschieden. Die Zielsetzung hierbei ist, dass die Sicherheit der Fahrschüler/innen im Bus und an den Haltestellen gewährleistet und deutlich verbessert wird.

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, alle Schulbuslinien im Kreis gemäß den entwickelten Kriterien zu überprüfen. Dazu gehört eine Überprüfung der Fahrzeiten und der Fahrpläne, genauso wie der Sicherheitsstandards in den Bussen und an den Bushaltestellen. Über die Ergebnisse der eigenen Untersuchung werden die Schulkommission und der Fachausschuss noch in diesem Jahr informiert."

wurde nach Abstimmung zwischen den Antragstellern als Einschluss in die Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion (neuer Absatz 4) übernommen.

Auf Grundlage des gemeinsamen Antrags der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion fasste der Kreistag folgenden, in der Sitzung um Absatz 4 ergänzten

Beschluss:

Aufgrund der neusten ADAC Studie zum aktuellen Schulbustest für Linie Langwaden-Fehlheim-Bensheim wird, um alle festgestellten Mängel im Detail zu klären, dem Ausschuss für Schule und Soziales der Auftrag erteilt, in einer Sondersitzung unter Beteiligung des Konzessionsgebers dieser Schulbuslinie, des Regierungspräsidiums Darmstadt, des Auftragnehmers, der Firma Werner, VRN, der ÖPVN-Fachabteilung des Landratsamtes und des Kreiselternbeirates sowie des ADAC die Mängelliste im Detail zu besprechen und zu klären.

Dem Ausschuss sollen in diesem Zusammenhang sämtliche bestehenden Qualitäts- und Leistungskriterien für die Schulbusbeförderung dargestellt werden.

Auf dieser Grundlage wird der Ausschuss beauftragt, dem Kreisausschuss weitere Handlungsempfehlungen zu unterbreiten.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 29. Mai 2010 zum Thema "Sicherheit bei Schulbussen" wird in diese Beauftragung einbezogen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 2.11: **Rettungsdienst - Fortschreibung des Bereichsplanes, gültig vom 01.01.2011 bis 31.12.2015**
Vorlage: 16-1717

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt den der Vorlage 16-1717 als Anlage beigefügten Bereichsplan für den Rettungsdienstbereich Bergstraße 2011 - 2015.
2. Die Vorhaltung der Tag-Pool-Rettungsmittel (Tabelle 2) wird für den Zeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2012 ausgesetzt. Sollte die Leitstellenkopplung nicht zu Stande kommen, wird die Vorhalteerhöhung unverzüglich umgesetzt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufstellungen zum Bereichsplan (Anlagen 1 - 7) ständig zu aktualisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 2.12: **Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH - Sicherung und nachhaltige Entwicklung des Krankenhausstandorts und der stationären Versorgung im Kreis Bergstraße - und Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 20. Juni 2010 hierzu**
Vorlagen: 16-1802 und 16-1802/1

Der als Tischvorlage in der Sitzung verteilte Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

- "1. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, bis zur Sitzung des Kreistages am 13. Dezember konkrete Vorschläge für eine nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung des Krankenhausstandortes Heppenheim zu unterbreiten. In die Überlegungen sind alle Krankenhäuser im Kreis Bergstraße einzubeziehen.
2. Um eine Trennung zwischen dem Versorgungsauftrag des Kreises gem. § 3 Abs. 1 Hessisches Krankenhausgesetz und der Interessenvertretung für das kreiseigene Krankenhaus deutlicher als bisher zu praktizieren, empfiehlt der Kreistag eine personelle Trennung zwischen dem Krankenhausdezernenten und dem Aufsichtsratsvorsitz des Kreiskrankenhauses."

wurde **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit (42 Neinstimmen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von CDU, FWG, FDP und REP bei 32 Jastimmen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von GRÜNE, SPD und DIE LINKE) abgelehnt.

Der im Verlauf der Aussprache mündlich gestellte Änderungsantrag der SPD-Fraktion, den letzten Spiegelstrich der zu prüfenden künftigen Handlungsoptionen:

"- darüber hinaus kommt als Handlungsoption aber auch der teilweise oder vollständige Verkauf an einen Partner in Betracht."

zu streichen, wurde ebenfalls **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit (44 Neinstimmen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von CDU mit Ausnahme von zwei Mitgliedern, FWG, FDP, GRÜNE mit Ausnahme eines Mitglieds und REP bei 27 Jastimmen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von SPD und LINKE sowie Stimmenthaltung von zwei Mitgliedern der CDU-Fraktion und eines Mitglieds der GRÜNE-Fraktion) abgelehnt.

Entsprechend dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage fasste der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, gemäß Ziffer II und III der Vorlage 16-1802 weitere Schritte einzuleiten und im Jahre 2011 einen Vorschlag zur weiteren strategischen Ausrichtung des Kreiskrankenhauses vorzulegen sowie über den Stand der Abstimmung im Bergsträßer Krankenhausforum zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit (41 Jastimmen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von CDU mit Ausnahme eines Mitglieds, FWG, FDP und REP, 27 Neinstimmen der anwesenden Mitglieder der Fraktionen von SPD und DIE LINKE, 6 Stimmenthaltungen der anwesenden Mitglieder der GRÜNE-Fraktion und eines Mitgliedes der CDU-Fraktion) beschlossen.

Punkt 2.13: Verschiedenes

Kreistagsvorsitzender Breitwieser verwies auf die nächste Kreistagssitzung am 13. September 2010 und die vorausgehende Präsidiumssitzung am 24. August 2010.

Die Sitzung wurde um 21:35 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzende:

gez. Breitwieser
gez. von Hunnius

Schriftführer:

gez. Schüßler
gez. Fasser